



## Entlastungsprämie als Umwegpolitik: Warum der BdSt strukturelle Reformen einfordert

Dirk Stein

**Die geplante steuer- und sozialabgabenfreie Entlastungsprämie von bis zu 1.000 Euro soll Beschäftigten kurzfristig zusätzliche Kaufkraft verschaffen. Technisch wird die Maßnahme über die Arbeitgeber abgewickelt, die die Zahlung freiwillig leisten können. Der Bund der Steuerzahler (BdSt) kritisiert diesen Ansatz als nicht zielführend und verweist auf grundlegende Konstruktionsprobleme.**

### Wirkungsmechanik: Entlastung über Dritte statt über das Steuersystem

Ökonomisch handelt es sich um eine indirekte Steuerentlastung: Der Staat verzichtet auf Einnahmen, überträgt aber die operative Umsetzung auf Unternehmen. Damit wird Steuerpolitik funktional in die Lohnpolitik verschoben. Diese Konstruktion erzeugt eine selektive Wirkung. Unternehmen mit stabiler Ertragslage können die Prämie zahlen, während wirtschaftlich angeschlagene Betriebe ausfallen. Die Entlastung tritt damit gerade dort nicht ein, wo sie konjunkturell am wirksamsten wäre. Gleichzeitig bleiben ganze Gruppen – etwa Rentner, Studierende oder Selbstständige – systematisch außen vor. Für die Erwartungsbildung ist das entscheidend: Einmalzahlungen, die politisch flankiert werden, verändern die Wahrnehmung von Einkommenssicherheit. Sie erscheinen

als kompensatorisches Instrument für reale Kaufkraftverluste, ohne diese strukturell zu adressieren.

### Ordnungspolitischer Konflikt: Vermischung von Steuer- und Lohnpolitik

Im Kern berührt die Maßnahme ein ordnungspolitisches Prinzip: die klare Trennung zwischen staatlicher Steuerpolitik und unternehmerischer Lohnfindung. Wenn Entlastung politisch gewollt ist, steht das Steuerrecht als direktes Instrument zur Verfügung. Die Auslagerung auf Arbeitgeber schafft dagegen eine Mischverantwortung. Unternehmen geraten unter impliziten politischen Erwartungsdruck, Zahlungen zu leisten, die betriebswirtschaftlich nicht zwingend gedeckt sind. In einer Phase schwacher Margen und steigender Insolvenzraten verschärft dies die Diskrepanz zwischen politischem Signal und ökonomischer Tragfähigkeit. Fiskalisch bleibt die Maßnahme widersprüchlich: Der Staat

verzichtet punktuell auf Einnahmen, ohne die strukturelle Steuerlast zu verändern. Damit wird keine nachhaltige Entlastungswirkung erzeugt, sondern lediglich ein temporärer Effekt.

## Reformkonflikt: Sichtbare Sofortmaßnahme versus strukturelle Anpassung

Der BdSt setzt dem kurzfristigen Instrument langfristige Reformoptionen entgegen: eine Anpassung des Einkommensteuertarifs zur Dämpfung der Progression, eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung sowie eine systematische Neuordnung der Umsatzsteuer. Der Konflikt verläuft entlang der Zeitachse. Die Entlastungsprämie erzeugt sofort sichtbare Effekte im verfügbaren Einkommen, während strukturelle Reformen erst verzögert wirken, dafür aber dauerhaft in Investitionsentscheidungen, Arbeitsangebot und Preisbildung eingreifen. Politisch begünstigt dies diskretionäre Maßnahmen mit hoher Signalwirkung. Ökonomisch führt es jedoch zu einem fragmentierten System, in dem Einzelfalllösungen die Kohärenz der Steuerpolitik untergraben.

## Konsequenz: Verschobene Verantwortung und verzerrte Erwartungen

Strukturell verändert die Entlastungsprämie weniger die Einkommensverteilung als die Architektur wirtschaftlicher Erwartungen. Sie signalisiert, dass staatliche Entlastung situativ, selektiv und über Umwege organisiert wird. Für Unternehmen bedeutet dies eine stärkere Politisierung von Vergütungsentscheidungen. Für Beschäftigte entsteht eine Entkopplung zwischen tatsächlicher Steuerbelastung und politischer Verantwortung.

Für den Staat wächst die Versuchung, kurzfristige Maßnahmen an die Stelle konsistenter Reformen zu setzen. Die Entlastungsprämie ist damit kein Instrument der Steuerpolitik im engeren Sinne, sondern ein Symptom ihrer Ausweichbewegung: Wo strukturelle Reformen ausbleiben, treten punktuelle Maßnahmen an ihre Stelle – sichtbar, aber systemisch folgenreich.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949447/entlastungspraemie-kritik-bdst-steuerpolitik/>